



Beschluss vom 27.05.2020

..Corona-Krise nicht zur Bildungskrise werden lassen

– Versäumnisse in der Digitalisierung jetzt nacharbeiten

Die aktuelle Situation durch den Corona-Virus zeigt in erschreckender Art und Weise die Versäumnisse in der Bildungspolitik in den letzten Jahren. Die Probleme liegen nicht nur in der mangelnden digitalen Infrastruktur und den Maßnahmen zur Hygiene, sondern auch in der Frage der Unterrichtserteilung und Pädagogik sowie der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte.

In einer Umfrage unter Lehrerinnen und Lehrern während der Corona-Krise kritisieren diese, dass es gegenwärtig unmöglich ist, einen effizienten Unterricht durchzuführen. Die Ursachen liegen zum einen in der mangelnden digitalen Ausstattung der Schulen wie auch der Schülerinnen und Schüler. Aber auch fehlendes digitales Lernmaterial und mangelnde Erfahrung in der Erteilung von Fernunterricht sind einige der Gründe, warum die Umstellung auf digitale Unterrichtserteilung nicht funktioniert.

Die Folgen dieser Mängel im Bildungswesen sind schon jetzt sichtbar. Viele Kinder, insbesondere aus bildungsfernen Schichten sind bereits jetzt nach acht Wochen Schulschließung abgehängt. Von der fehlenden Struktur im Tagesablauf über die fehlende Rückmeldung seitens der Pädagogen sind die Kinder sich in der Corona-Krise bildungstechnisch selbst überlassen und bauen mit jedem Tag mehr eine Lernlücke auf, die sie kaum mehr schließen können. In einer Umfrage unter Lehrern gehen 80 Prozent der Befragten davon aus, dass die Schulschließungen zu deutlichen Lernrückständen führen werden. Zwei Drittel der Lehrkräfte befürchten, dass die Lernrückstände bis zum Schuljahresende nicht mehr aufgeholt werden können.

Wenn beide Eltern im Homeoffice arbeiten und vor allem, wenn mehrere Kinder im Haus sind, werden die Eltern zwischen den Aufgaben zerrieben und überfordert. Dies gilt für Kinder aus allen Haushalten, gleich ob Zuwandererfamilie, Alleinerziehende oder Akademikerhaushalte. Umso wichtiger sind in dieser Situation die Ansprache und der Kontakt zu den Lehrern, der aber vielfach nicht stattfindet. Das ist einer der Hauptkritikpunkte, die Schüler und Eltern in dieser Situation beklagen. Grund ist auch hier das Fehlen digitaler Kommunikationswege. Es gibt noch immer Grundschulen, die über keine eigene E-Mail-Adresse verfügen.



An den Grundschulen ist die digitale Ausstattung besonders schlecht

Digitalisierung und damit Erteilung digitalen Unterrichts ist in der Grundschule nicht selbstverständlich. Viele Grundschulen verfügen noch nicht über die notwendige technische Ausstattung oder überhaupt eine Anbindung an das Internet. Zudem fühlen viele Lehrkräfte sich auf diese Aufgabe nicht angemessen vorbereitet. Dabei bietet die Digitalisierung gerade im Grundschulbereich viele Möglichkeiten, Kindern das Lernen zu erleichtern. Ein Beispiel ist das Game-based Learning, das besonders gut im Grundschulbereich eingesetzt werden könnte. Grundschulkindern sind Spiele sehr vertraut und sie sind ein Teil ihrer Lebenswelt. Spielende lassen sich nicht nur auf das Spiel selbst ein, sie sind auch bereit, sich Wissen im und für das Spiel anzueignen, um bestimmte Lehr- und Lernziele zu erreichen. Sie setzen dabei Spielerfahrungen in den Kontext zur echten Welt. Um das genannte Beispiel im Grundschulunterricht zu integrieren, bedarf es entsprechend ausgebildeter Grundschulpädagoginnen und –pädagogen.

Daher fordern wir, dass

- **Medienpädagogik und –didaktik in der ersten und zweiten Phase der Grundschulpädagogikausbildung verankert werden.**

Wir wollen, dass die Digitalisierung in allen Schulen ankommt. Die Geräte und Anwendungen müssen regelmäßig gewartet, ersetzt und an den Stand der Technik bei Hard- und Software angepasst werden. Dazu gehören neben der technischen Ausstattung auch die Unterstützung der Lehrkräfte durch gezielte Fort- und Weiterbildung, eine inhaltliche Erweiterung der Lehrkräfteausbildung, eine Modernisierung der Lehrpläne und ein Ausbau der praxisorientierten Forschung zu Digitalisierung und Didaktik. Der Breitbandanschluss von Schulen muss zur Selbstverständlichkeit werden und die Entwicklung von Schul- und Bildungsclouds vorangetrieben werden. Guter Netzzugang ist Grundvoraussetzung für digitalen Unterricht.

Daher fordern wir,

- **dass der Netzausbau mit absolutem Vorrang vorangetrieben wird.**

An Gymnasien wird das digitale Potential noch zu wenig ausgenutzt

Im Vergleich mit anderen Schulformen sind die Gymnasien in der Corona-Krise in der besten Situation. Eine aktuelle Umfrage zum Fernunterricht ergibt, dass 59 Prozent der Lehrer hier der Meinung sind, dass die Ausstattung mit digitalen Medien an den Schulen gut ist – im Gegensatz zu 17 Prozent an den Grundschulen. Allerdings wird nicht verstärkt mit digitalen Inhalten gearbeitet, sondern laut Umfrage arbeiten 90 Prozent der Gymnasiallehrer mit



Aufgabenblättern. Auch andere Umfragen wie die des Landeselternbeirates der Gymnasien in Schleswig-Holstein belegen, dass im Unterricht nur selten digitale Medien zum Einsatz kommen und die Kinder überwiegend keine Rückmeldung zu den erledigten Aufgaben erhalten. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland damit schlecht ab: Während in der Schweiz laut einer aktuellen Umfrage 83 Prozent der Schweizer Rektoren angeben, digitale Onlineplattformen zu nutzen, sind es in Deutschland mit 43 Prozent gerade einmal halb so viel.

Die Mittel des Digitalpakts, die gerade wegen der Corona Krise noch einmal um 500 Millionen Euro aufgestockt wurden, haben schon einige Schulen genutzt, um Online-Infrastrukturen aufzubauen und Online-Lernprogramme anzuschaffen. Bei einer Gesamtsumme von nun 5,5 Milliarden Euro sind aber bis jetzt nur 150 Millionen abgerufen worden. Für die Antragstellung muss jeweils ein Digitalkonzept vorgelegt werden. Die Länder müssen eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund unterzeichnen und dann eigene Förderrichtlinien ausarbeiten und erlassen. Eine schnelle Umsetzung und ein zügiger Geldfluss scheinen nicht möglich zu sein; viele Schulen und die antragstellenden Rektoren beklagen diese Bildungsbürokratie.

Daher fordern wir

- **den Abbau von Bürokratiehemmnissen für eine zügige Umsetzung des Digitalpakts und damit einen schnelleren Zugang der Schulen zu den Fördermitteln.**

Ziel für die Schulen muss es sein, eine tragfähige digitale Struktur auszubauen, die auch in Nicht-Krisenzeiten eine Kombination aus Online-Inhalten und Präsenzunterricht ermöglicht. Jedes Bundesland ist hier eigenständig verantwortlich, die zur Verfügung stehenden Gelder des Digitalpakts zur Erreichung dieses Ziels einzusetzen. Für die Erteilung digitalen Unterrichts werden entsprechend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer benötigt.

Daher fordern wir

- **die Weiter- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern für die Erteilung digitalen Unterrichts zu verstärken.**

Kosten für digitale Endgeräte, die im Unterricht verwendet werden, dürfen dabei nicht zu Lasten finanzschwacher Familien gehen. Wenn wie zurzeit wegen der Corona Pandemie und den Schulschließungen nur Homeschooling möglich ist, muss für digitalen Unterricht auch die dafür notwendige technische Ausrüstung in den Elternhäusern und bei den Schülerinnen und Schülern vorhanden sein. Teilweise haben Schulen hier schon Tablets oder iPads an die Klassen verteilt, die auch zuhause benutzt werden sollen. Aber die Situation ist an jeder Schule anders und oft sind damit auch wegen der unterschiedlichen Ausstattung im Hinblick



auf Endgeräte und Wlan in den Elternhäusern keine einheitlichen Voraussetzungen für digitale Unterrichtserteilung in den Klassen gegeben.

Daher fordern wir

- **die Zugangsbarrieren bei Schülerinnen und Schülern zu beseitigen und durch Anschaffung der notwendigen technischen Ausstattung für alle Zugangsmöglichkeiten für digitalen Unterricht zu schaffen.**

Virtuelle Lernlabore bieten neue Chancen für Berufsschulen

In den allgemeinbildenden Schulen wird die Grundlage für eine erfolgreiche berufliche Ausbildung gelegt. Jeder Jugendliche, der die Schule verlässt, sollte das Rüstzeug für eine erfolgreiche Ausbildung bekommen. Leider beklagen viele Ausbildungsbetriebe ein sinkendes Niveau der Bewerberinnen und Bewerber. Wir brauchen qualitativ hochwertigen Unterricht, der Raum für individuelle Talent- und persönliche Entwicklung lässt. Die neuen digitalen Möglichkeiten können für die Vermittlung von Wissen und für neues Lernen eingesetzt werden. Beispielsweise können virtuelle Lernlabore, in denen Schweißkurse oder Sicherheitstrainings mithilfe von 3D-Brillen durchgeführt werden, Betriebe wie Schulen spürbar entlasten. Lernmanagementsysteme können dazu beitragen, eine effektivere Verzahnung zwischen den Lernorten Berufsschule und Betrieb zu organisieren. Digitale Tests und virtuelle Selbstlernphasen, qualitativ hochwertige Video Lectures und Online-Sprachkurse können, sinnvoll eingesetzt, dazu beitragen, die knappen Ressourcen der Berufsschulen zu entspannen und differenziertere Lehrangebote zu ermöglichen, die auf die individuellen Bedürfnisse besser eingehen.

Daher fordern wir

- **dass auch das Berufliche Bildungssystem umfassend in die Digitalisierung eingebunden wird und dabei die Berufsschullehrerausbildung entsprechend angepasst wird.**

Deutschland kann es sich nicht erlauben, bisher erreichte Vorsprünge und Kompetenzen in jeglicher Hinsicht durch mangelhafte Schulausstattungen und fehlenden Zugang zu modernen Kommunikations- und Arbeitsmitteln in den Schulen zu verspielen. Es ist an der Zeit, die jetzt zutage tretenden Missstände zu beseitigen. Dabei machen einmalige Investitionen in die digitale Infrastruktur Schulen nicht zukunftsfähig. Deshalb muss eine langfristige Finanzierung sichergestellt werden.



Daher fordern wir

- **die zügige Umsetzung des Digitalpakts I sowie im Anschluss die Etablierung eines Digitalpakts II, damit die Digitalisierung der Schulen dauerhaft erfolgen kann.**

Situation an den Hochschulen

Die Situation der digitalen Bildung an den Hochschulen ist bundesweit sehr unterschiedlich, einige Hochschulen haben digitale Angebote und machen präszenzfreie Lehre und andere Hochschulen tun sich sehr schwer damit. Aber auch bei den Hochschulen, die präszenzfreie Lehre anbieten, stehen hinter den vollmundigen Begriffen wie Lehr- und Lernplattformen häufig nichts anderes als Videokonferenzprogramme. Bedingt durch die spezifischen Anforderungen von Hochschulforschung an den Datenschutz, haben Hochschulen Probleme, geeignete Programme und Anbieter für digitale Lehre zu finden. Die Corona-Krise zeigt am Beispiel der Hochschulen auf, dass unser Land in der Digitalisierung hinterherhinkt.

Der Wunsch der Hochschulen, ein gutes und funktionierendes Programm zu finden, das seine Server in Deutschland hat und einen hohen Datenschutz gewährleistet, ist schwer zu gewährleisten. Die Anforderungen an die Qualität eines Programmes, mit dem nicht selten Vorlesungen mit mehr als 100 Studierenden möglich sein müssen, sind hoch. Und möglicherweise fällt dann die Entscheidung auf eines der Programme, denen man „einen laxen Umgang mit den Daten der Nutzer“ vorwirft, weil diese Programme hohen Übertragungsanforderungen genügen.

Daher fordern wir,

- **dass Deutschland den Anschluss an die Weltspitze in der Digitalisierung zurückerobern muss. Die Anforderungen an Datenschutz muss das Land durch gute, eigene Angebote erfüllen können.**

Studierende und ihre konkreten Studienbedingungen zeigen, dass Studentinnen und Studenten zwar grundsätzlich wirtschaftlich selbständig sind, aber ein knappes Budget haben, das es nicht erlaubt, spontan Laptop und Equipment für das neue digitale Semester zu kaufen. Eine Umfrage unter Studierenden hat ergeben, dass nur 80,5 Prozent der Studierenden ihren Lebensunterhalt derzeit als gesichert sehen. Fast 20 Prozent haben einen ungesicherten Lebensunterhalt. Gerade Studentenjobs sind stark von der Corona-Krise beeinflusst. In Bezug auf die technischen Bedingungen für die präszenzfreie Lehre mangelt es etwa 24 Prozent der Studierenden an einem für Videokonferenzen ausreichenden Internetzugang. Vor dem Hintergrund, dass auch die Universitätsbibliotheken derzeit



geschlossen sind, muss man hier die aktuellen Bedingungen für das Studium noch einmal besonders in den Blick nehmen.

Daher fordern wir

- **dass die Studierenden die notwendige finanzielle Unterstützung erhalten, die es ihnen ermöglicht, an der digitalen Lehre auch wirklich teilnehmen zu können. Es muss eine BAföG-Verlängerung für die Studierenden geben, die das Studium wegen Corona nicht fristgemäß beenden können und/oder die Studierenden müssen zinsfreie Überbrückungskredite erhalten können. Unser Land ist auf qualifizierte Studienabschlüsse angewiesen. Damit die Digitalisierung an den Hochschulen dauerhaft gesichert ist, fordern wir einen Digitalpakt Hochschule.**